

Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 32 (1992)

Artikel: "Dreyeckland" oder "Zukunftsraum Regio" : zum Europabewusstsein in der Region Basel
Autor: Epple-Gass, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172914>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ruedi Epple-Gass

«Dreyeckland» oder «Zukunftsraum Regio»: Zum Europabewusstsein in der Region Basel

Die Nordwestschweiz gehört zu den europafreundlichsten Regionen der Schweiz. Die «Weltoffenheit» ist die Folge der engen Verflechtungen der Region Basel mit den benachbarten Gebieten im Oberelsass und in Südbaden sowie der grenzüberschreitenden Aktivitäten der neuen sozialen Bewegungen in dieser Gegend. Da sich die «Weltoffenheit» in der Region Basel mit einem gestärkten ökologischen Bewusstsein verknüpft, hat sich der bevorstehende europäische Integrationsschub auch einer «Umweltverträglichkeitsprüfung» zu unterziehen. Diese könnte auch zu seinen Ungunsten ausfallen.

La partie nord-occidentale de la Suisse est une des régions du pays les plus favorables à l'Europe. L'«ouverture mondiale» est la conséquence des enchevêtrements étroits de la région de Bâle avec les régions voisines de la Haute-Alsace et du Sud-Bade, ainsi que des activités transfrontalières des nouveaux mouvements sociaux dans cette région. Comme l'«ouverture mondiale» se conjugue, dans la région de Bâle, avec une conscience écologiste renforcée, la poussée imminente en direction de l'intégration européenne doit aussi se soumettre à un examen de «compatibilité avec l'environnement». Celui-ci pourrait aussi se révéler en sa défaveur.

I. Einleitung

Schenkt man repräsentativen Umfrageergebnissen Glauben, kann die Nordwestecke der Schweiz als die «europafreundlichste» Region der Deutschschweiz gelten:¹ Die beiden Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft bewegen sich nicht nur im Kreis der traditionellerweise weltoffenen Kantone der West- und Südschweiz, sie überflügeln die andern Deutschschweizer Kantone gleich um mehrere Prozentpunkte. Dies war nicht immer so. Ein Blick in die jüngere Geschichte zeigt, dass die internationale Zusammenarbeit in den beiden Basler Halbkantonen nicht immer auf Zuspruch stiess: Noch in der Zwischenkriegszeit lehnten beide Basel den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund ab. Und vergleicht man die Ja-Stimmen-Anteile der einzelnen Kantone in der Völkerbundsabstimmung von 1920 mit denjenigen über den Beitritt der Schweiz zur UNO von 1986, dann zeigt sich, dass die beiden Basel von allen Kantonen den grössten Sprung in der Rangliste gemacht haben:² Gehörten sie 1920 zum Chor der mehrheitlich ablehnenden Deutschschweizer Kantone, so reihten sie sich 1986 zu den Kantonen der Welsch- und Südschweiz, in denen der UNO-Beitritt noch den grössten Zuspruch fand.

Die heute weltoffenere Haltung der Nordwestecke der Schweiz ist nicht nur die Folge der engen Verflechtungen dieser Grenzregion mit ihren französischen und deutschen Nachbarn (Fichtner 1988) oder der konzertierten Europawerbung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eliten.³ Sie muss – so meine These – ebenso sehr auch jener grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zugeschrieben werden, welche sich in den vergangenen 20 Jahren im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen zur alltäglichen Selbstverständlichkeit widerständigen Verhaltens in einer Grenzregion entwickelt hat. Da diese Zusammenarbeit sich vor allem im Umweltbereich ergeben hat, hat sich die europäische Zusammenarbeit, welche in den kommenden Jahren in der Schweiz zur Entscheidung anstehen wird, nicht nur am Kriterium der «Weltoffenheit» messen zu lassen, sondern muss sich auch einer «Umweltverträglichkeitsprüfung» unterziehen. Diese könnte sich in der Region Basel auch als Stolperstein für die europäische Integration erweisen.

1 Vgl.: Ergebnisse des «Europa-Barometers» des GfS-Forschungsinstituts in Adliswil, nach: *Basler Zeitung*, 29.8.1991.

2 Basel-Stadt steigt um 15 Ränge, Basel-Landschaft um 18 Ränge.

3 In der Regio, dem «Dreieckland», bereiten sich Wirtschaft, Politik und Kultur auf den bevorstehenden Integrationsschub vor, der sich mit dem Begriff «EG '92» verbindet. Einige Stichwörter aus jüngster Zeit mögen genügen: Euro-Airport Basel-Mülhausen, neues Messegelände der Basler Mustermesse, Öko-Vereinbarung zwischen den politischen Behörden der drei Grenzregionen, das Wochenblatt «3» der *Basler Zeitung* ... Die Erwartungen, die führende Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Kultur und Politik an die bevorstehende Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit knüpfen, sind hüben wie drüben hoch. Stellvertretend der Freiburger Oberbürgermeister Rolf Böhme: «Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir vor einer wirtschaftlichen Blüte und kulturellen Entfaltung stehen, die anschliessen kann an so manche grosse historische Epoche unseres Raumes (...). Wie damals wird auch im werdenden Europa unserer Region wieder eine Schlüsselfunktion zufallen.» («3», 28.2.1991).

Der folgende Beitrag gliedert sich in drei Teile: In einem ersten Kapitel wird am Beispiel des Kantons Basel-Landschaft und der Völkerbundsabstimmung 1920 die Haltung der Stimmbürger zur internationalen Zusammenarbeit in der Zwischenkriegszeit dargestellt. Dabei werden nicht nur Abstimmungskampf und -ergebnis in Betracht gezogen, sondern es wird zusätzlich eine politische Bewegung untersucht, welche im Umfeld der Abstimmung über den Völkerbund zur internationalen Zusammenarbeit in Beziehung gestanden hat.

In einem zweiten Kapitel werden die Abstimmung über den UNO-Beitritt 1986 sowie eine politische Bewegung aus deren Umfeld untersucht. Der Vergleich zwischen den zwanziger und den achtziger Jahren wird nicht nur den Wandel in der Haltung zur internationalen Zusammenarbeit erhellen, sondern darüber hinaus auch zeigen, dass sich Abstimmungs- und Bewegungsanalysen sinnvoll ergänzen können.

In einem dritten und letzten Teil wird der Frage nachgegangen, wie sich die neuen sozialen Bewegungen der Region Basel, die heute grenzüberschreitend arbeiten, zur europäischen Integration äussern. In Analogie zum ersten Kapitel wird angenommen, dass die Bewegungsanalyse Rückschlüsse auf das politische Bewusstsein breiterer Kreise der Nordwestschweiz zulässt. Dahinter steht die Annahme, dass soziale Bewegungen «katalysatorisch» auf den sozialen Wandel wirken: Einerseits bringen sie ein gegebenes politisches Bewusstsein und eine gegebene politische Kultur zum Ausdruck und knüpfen daran an. Andererseits wirken sie auf beides zurück und tragen damit zum sozialen Wandel bei (Neidhart 1985; Raschke 1985: 384–410; Brand 1985; Brand u.a. 1983: 241–271).

II. Zum Regionalbewusstsein in der Zwischenkriegszeit

1. Gegen den Beitritt zum Völkerbund

Im Mai 1920 tobte die Maul- und Klauenseuche im Baselbiet. Der Regierungsrat sah sich gezwungen, ein Versammlungsverbot auszusprechen. Veranstaltungen zu den bevorstehenden eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen konnten deshalb im Kanton Baselland nicht stattfinden. Trotzdem warf der Urnengang hohe Wellen: Am 16. Mai 1920 mussten die Stimmbürger über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund befinden, und nur zwei Jahre nach Kriegsende waren die Wunden, die dieser geschlagen hatte, noch nicht vernarbt. Die wirtschaftliche Situation war von der Nachkriegskrise geprägt. Die Spaltung zwischen Welsch- und Deutschschweiz, welche in den Kriegsjahren vorgeherrscht hatte, erfuhr in der Völkerbundsdebatte eine Neuauflage. Der Generalstreik von 1918 war noch in Erinnerung. Inhaltlich stand die Ausgestaltung der Nachkriegsordnung im Vordergrund des Abstimmungskampfes (Jost 1983: 105).

In der Baselbieter Presse waren zwei klare Lager vertreten: Die Beitrittsbefürworter sahen im Völkerbund einen «gross angelegte(n) Versuch, die Kriege einzuschränken und die allgemeine Abrüstung schrittweise durchzuführen». Darüber hinaus sollte er die «Einführung eines auf Gerechtigkeit aufgebauten Völkerrechts» und

«internationaler Bestimmungen über den Schutz der Arbeit, über freien Handel und Verkehr» erleichtern.⁴

Eine gegenteilige Auffassung vertraten die Beitrittsgegner: Weil der Völkerbund Teil des Versailler Vertragswerkes sei und damit die Handschrift der Siegermächte trage, trage er den Keim neuen Unfriedens bereits in sich. Eine friedliche Neuordnung Europas könne daraus nicht wachsen. Zudem stelle der Beitritt die bewährte schweizerische Neutralität in Frage, da die wirtschaftlichen Sanktionen, welche auch die Schweiz mittragen müsse, die neue Kriegsform seien. Schliesslich büsse die Schweiz mit einem Beitritt ihre traditionsreiche und eben erst im letzten Krieg wieder erfolgreich verteidigte Unabhängigkeit ein.⁵

Zwischen diesen Lagern fanden sich Stimmen, welche weniger aus grundsätzlichen, denn aus wirtschaftlichen Gründen für oder gegen den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund waren. In wirtschaftlicher Beziehung biete der Völkerbund «die grössten Vorteile». Er ermögliche die «Beschaffung aller notwendigen Rohstoffe» und öffne «Absatzgebiete für landwirtschaftliche und industrielle Produkte».⁶ Würde die Schweiz dem Völkerbund nicht beitreten, so hätte sie schwere wirtschaftliche Nachteile zu gewärtigen: «Wenn wir nicht dabei sind, ist es selbstverständlich, dass wir wohl oder übel zu kurz kommen und eine noch schlimmere Handelskrisis für uns entstehen wird.»⁷ Doch auch gegen einen Beitritt fanden sich wirtschaftliche Gründe: Der Beitritt zum Völkerbund ziele auf die «internationale Wirtschaftsspekulation». Nicht diese, sondern allein die «produktive Selbsthilfe», eine planmässige «Steigerung der Bedarfsgüter, der Selbstbeschaffung der zum Leben notwendigen Subsistenzmittel, vorab im eigenen Lande», aber führe aus der Wirtschaftskrise.⁸

So unterschiedlich die Positionen waren, die in der Baselbieter Presse für und gegen einen Beitritt der Schweiz zum Völkerbund angeführt wurden, so uneinheitlich war das Abstimmungsergebnis: Gemeinden mit deutlichen Nein-Mehrheiten wie Giebenach und Reigoldswil standen Gemeinden gegenüber, die den Beitritt ebenso deutlich annahmen: Buus, Oltingen, Zeglingen und Wenslingen. Die zustimmenden Gemeinden waren allerdings klar in der Minderheit und fanden sich vor allem im obersten Kantonsteil. Nur Schönenbuch, Arlesheim und Biel aus dem untern Bezirk machten eine Ausnahme.

Insgesamt gesellte sich der Kanton Baselland in die staatliche Reihe der Deutschschweizer Kantone, welche einem Beitritt zum Völkerbund ablehnend gegenüber-

4 Inserat des «Basellandschaftlichen Aktionskomitees für den Völkerbund», *Landschäftler*, 15.5.1920.

5 Leitartikel «Völkerbund und Idealismus», in: *Basellandschaftliche Zeitung*, 15.5.1920 (2. Blatt); Aufruf des «Kantonalen Aktionskomitees gegen den Völkerbund», in: *Basellandschaftliche Zeitung*, 15.5.1920 (1. Blatt); Aufruf des «Aktionskomitees gegen den Völkerbund», in: *Landschäftler*, 14.5.1920.

6 Aufruf des «Kantonalen landwirtschaftlichen Vereins», in: *Landschäftler*, 15.5.1920.

7 «Ein kath. Bauer», in: Katholisches Sonntagsblatt des Kantons Baselland und seiner Umgebung, 9.5.1920.

8 *Basellandschaftliche Zeitung*, 12.5.1920 (2. Blatt).

standen.⁹ Bei einer Stimmbeteiligung von 76 Prozent stimmten 5548 (37,7%) für, 9156 (62,3%) gegen den Beitritt.¹⁰ Von welchen Argumenten für oder gegen den Völkerbundsbeitritt sich die Baselbieter Stimmbürger leiten liessen, lässt sich im Nachhinein nicht schlüssig feststellen. Auffallend ist immerhin, dass es vor allem ländliche Gemeinden waren, welche einem Beitritt zustimmten.¹¹ Es waren denn auch die Bauern, welche im Vorfeld der Abstimmung besonders angesprochen worden waren. Sowohl der «Kantonale landwirtschaftliche Verein» als auch der einflussreiche Bauernsekretär Ernst Laur nahmen für den Beitritt Stellung. Laur mit den markigen Worten: «Die Verwerfung des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund ist ein Unglück für den Bauernstand und das ganze Schweizervolk. (...) Bauern ich warne Euch! Und nun tut, was Ihr wollt. So wie Ihr Euch bettet, so werdet Ihr liegen.»¹²

2. Gegen die Hochspannungsleitung der NOK

«Wir fordern», schrieb ein Einsender im «Posamenter», dem Verbandsorgan des «Posamenterverbandes von Baselland», «zur Protestation gegen die Leitung auf. (...) Es ist sicher das allein Richtige, wenn die Leitung, als schwere Schädigung unserer Industrie taxiert, vollständig verunmöglicht wird.»¹³ Sein Protest richtete sich gegen eine Hochspannungsleitung, welche von der Elektrizitätsgesellschaft «Beznau-Löntschi» geplant worden war, von Laufenburg ins Elsass führen und zwischen Anwil und Schönenbuch auf Baselbieter Boden zu stehen kommen sollte (Bürgi 1984). In Posamenterkreisen befürchtete man, dass über diese Leitung Strom exportiert und im Elsass an modernst eingerichtete Seidenbandfabriken abgegeben würde, was die Krise der Baselbieter Heimposamenterei noch verschärft hätte (Grieder 1985).¹⁴ Die Opposition war zu schwach, die Expropriation der widerspenstigen Landbesitzer wurde durchgesetzt, die Leitung gebaut. Zurück blieb Verärgerung.¹⁵

Rund zehn Jahre später machte sich erneut Opposition gegen eine Hochspannungsleitung bemerkbar. Das neue Projekt wollten die «Nordostschweizerischen Kraftwerke» (NOK) realisieren, und es sollte von Beznau via Augst, Pratteln,

9 Gesamtschweizerisch standen zwar 416 870 annehmende 323 719 verwerfenden Stimmen gegenüber. Das Ständemehr aber hatten die Beitrittsbefürworter nur knapp erreicht: Den 10^{1/2} ablehnenden Kantonen standen nur 11^{1/2} befürwortende Stände gegenüber. Den Ausschlag für den Beitritt hatte die französischsprachige Schweiz gegeben. Dort fand der Völkerbund bei der überwältigenden Mehrheit der Stimmbürger Zustimmung. Wäre es nach den deutschsprachigen Kantonen gegangen, wäre der Beitritt abgelehnt worden (Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1920, S. 345).

10 *Amtsblatt für Basel-Landschaft* 21/I 1920.

11 Der Zusammenhang zwischen dem Anteil des Primärsektors an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen und dem Ja-Stimmen-Anteil ist signifikant (Korrelationskoeffizient: 0.3463). Zum Anteil der Erwerbstätigen im Sekundärsektor hingegen besteht ein negativer, wenn auch kein signifikanter Zusammenhang.

12 *Landschäftler*, 12. Mai 1920.

13 *Der Posamenter*, Dezember 1912.

14 *Der Posamenter*, September/November 1912.

15 *Der Posamenter*, März 1913.

Münchenstein, Allschwil wiederum ins Elsass führen. Als die Pläne ruchbar wurden, taten sich die betroffenen Landbesitzer zusammen und formulierten Protest.¹⁶ Die Gründe, welche gegen die Leitung vorgebracht wurden, waren sehr verschieden: Den Grund- und Hauseigentümern ging es um die Wertverminderung ihres Besitzes, welche wegen der Gittermasten zu erwarten waren. Land- und Forstwirte befürchteten, dass die Bewirtschaftung der betroffenen Grundstücke erschwert, der Ertrag reduziert würde.¹⁷ Der Heimatschutz wollte die Landschaft nicht noch durch weitere Hochspannungsleitungen durchschnitten sehen.¹⁸ Der Regierungsrat, bei dem die Proteste aus den Gemeinden Gehör fanden, sah darüber hinaus auch rechtliche Probleme: Ein «öffentliches Werk», zu dessen Realisierung dem Bund ein Expropriationsrecht zustand, musste «im Interesse der Eidgenossenschaft oder eines grossen Teiles derselben» liegen. Dies war bei einer Leitung, deren alleiniger Zweck der Export elektrischer Energie war, aus der Sicht der Baselbieter Regierung nicht der Fall.¹⁹

Neben den Gründen finanzieller, ästhetischer und rechtlicher Natur aber trat auch diesmal wieder das wirtschaftliche Argument in Erscheinung, das bereits gegen die erste Leitung vorgebracht worden war: «Wir protestieren gegen jede Energie-Ausfuhr, solange diese nur dazu dient, durch Unterstützung der ausländischen Industrie unsere eigene Landesindustrie im Wettbewerbe zu schlagen und auf diese Art der Arbeitslosigkeit im Inlande direkt Vorschub zu leisten.»²⁰

Auch die kantonale Volksinitiative, welche Anfang 1925 gegen das Leitungsprojekt lanciert wurde, stellte diesen Aspekt in den Vordergrund. Der Vorstoss firmierte als «Initiativbegehren betreffend Verunmöglichung der Durchleitung der für das Ausland bestimmten elektrischen Kraft der Nord-Ostschweizerischen Kraftwerke durch das Gebiet des Kantons Basellandschaft».²¹

Die Experten der Elektrizitätswirtschaft konnten den Vorwurf, ihr Stromexport stärke die direkte Konkurrenz der Baselbieter Heimindustrie zwar entkräften,²² dennoch fanden solche Argumente im obern Kantonsteil, wo die krisengeschüttelte Seidenbandweberei verbreitet war, ganz besondere Beachtung. Ein grosser Teil der zahlreichen Unterschriften kam denn auch nicht in den von der neuen Leitung betroffenen Gemeinden, sondern im Oberbaselbiet zusammen. Insgesamt sammelten die Initianten zwischen dem 24. Januar und dem 10. Februar 1925 10203 Unterschriften.²³

16 Zum Beispiel: Schreiben betroffener Allschwiler Grund- und Hauseigentümer an den Gemeinderat Allschwil vom 3. Dezember 1923, Staatsarchiv Baselland, Elektrizitätsakten C4/2.

17 Schreiben der Direktion des Innern Baselland an die Gemeinderäte der betroffenen Gemeinden vom 14. April 1924, Staatsarchiv Baselland, Elektrizitätsakten C4/2.

18 Zuschrift der Schweizerischen Vereinigung für Heimat-Schutz, Gruppe Baselland, an den Regierungsrat von Baselland vom 10. April 1924, Staatsarchiv Baselland, Elektrizitätsakten C4/2.

19 Eingabe des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft an den schweizerischen Bundesrat vom 12. Februar 1924, Staatsarchiv Baselland, Elektrizitätsakten C4/2.

20 Schreiben betroffener Allschwiler Grund- und Hauseigentümer an den Gemeinderat Allschwil vom 3. Dezember 1923, Staatsarchiv Baselland, Elektrizitätsakten C4/2.

21 Unterschriftenbogen, Staatsarchiv Baselland, Elektrizitätsakten B.

22 Bericht der Elektra Birseck über die Strompreise im benachbarten Elsass an die Direktion des Innern des Kantons Baselland vom 23. Februar 1925, Staatsarchiv Baselland, Elektrizitätsakten C4/2.

23 Diese Zahl entspricht 46,9% der Stimmberechtigten (Bürgi 1984: 32).

Das Initiativbegehren war, kurz bevor der Bundesrat über das Expropriationsgesuch der NOK befand, lanciert worden. Es konnte die oberste Landesbehörde aber nicht mehr umstimmen. Am 6. Februar 1925 entschied sie für die NOK und gegen den Widerstand der Baselbieter Leitungsgegner. Der Regierungsrat versuchte danach, mit Beschwerden an die Bundesversammlung und mit einem Rekurs beim Bundesgericht das Blatt zu wenden. Es blieb bei Versuchen. Beide Behörden wiesen den Regierungsrat ab. Die Gegner im Kanton Baselland mussten sich mit der Leitung abfinden und sich darauf beschränken, möglichst grosse Schadenersatzzahlungen auszuhandeln. Das Initiativbegehren schrieben Regierungs- und Landrat später ab. Da es nach einhelliger Auffassung gegen Bundesrecht versties und von den Gegnern als Protestform gedacht war, wurde es nicht zur Abstimmung gebracht (Bürgi 1984: 32–37).

Interessant am Widerstand gegen die Hochspannungsleitung ist, dass sowohl 1913 wie 1923–1925 das benachbarte Ausland als konkurrierender Industriestandort wahrgenommen wurde, dem man feindlich begegnete. Die Leitungsgegner, die sich von wirtschaftlichen Erwägungen leiten liessen, pochten auf ihre Vorrechte als schweizerische Arbeitskräfte. Deren Interessen hatten aus ihrer Sicht gegenüber denen der elsässischen Nachbarn und denen der Elektrizitätswirtschaft Vorrang.

3. «Partikularistischer Unabhängigkeitswille»

Ueli Bürgi (1984), der sich intensiv mit dem Widerstand gegen die Hochspannungsleitung in den Jahren 1923–1925 auseinandergesetzt hat, lokalisiert dessen soziale Trägerschaft in den kleinbürgerlichen Schichten des obern Baselbiets, vor allem bei den wirtschaftlich bedrohten Heimposamenterrinnen und -posamentern und den Bauern.²⁴ Ihr Widerstand galt, so Bürgis These, nicht nur dem konkreten Leitungsprojekt der NOK, sondern der durch die Leitung symbolisierten Wirtschafts- und Politikform. Die Hochspannungsleitung stand für die zunehmende industrielle Konzentration und für undurchschaubare grosskapitalistische Produktion einerseits, für die machtvolle Durchsetzung fremder Interessen andererseits. Gegen diese Bedrohungen verteidigten die Leitungsgegner ein «Idealbild von Produktions- und Lebensformen (...), das nur noch zum Teil mit ihrer Wirklichkeit übereinstimmte». Bürgi hat für diese Haltung der widerständigen Oberbaselbieter Posamenterrinnen und Posamentern den Begriff des «partikularistischen Unabhängigkeitswillens» vorgeschlagen: «In dieser Haltung war der hohe Stellenwert des kleinbürgerlichen Unabhängigkeitsgefühls wesentlich. Darin ist nicht nur die ökonomische Selbständigkeit und die Entscheidungsgewalt über die eigenen Angelegenheiten in weiteren Lebensbereichen, sondern auch die politische Handlungsfreiheit zu sehen. In erster Linie richtete sich der partikularistische Unabhängigkeitswille gegen jede Bestimmung von oben (...). In seiner Konkretisierung beinhaltete er kleinbürgerliche

24 Seine These hält der statistischen Prüfung stand: Die Unterschriftenquoten (gemessen als Anteil an den Stimmberechtigten Einwohnern der einzelnen Gemeinden 1925) korrelieren stark und hochsignifikant sowohl mit dem Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (Korrelationskoeffizient: 0.4276) als auch mit der Verbreitung der Bandwebstühle (Korrelationskoeffizient: 0.4848).

Vorstellungen einer echten Demokratie, in der die Politik nach dem Willen der freien Individuen, das heisst von unten bestimmt wird; gleichzeitig aber kam im Partikularismus auch die Ablehnung des ‹Anderen› und des ‹Fremden› zum Ausdruck (Bürgi 1984: 100–102).»

Geht man von Bürgis Analyse aus, erschliesst sich nicht nur das widerständige Verhalten der Oberbaselbieter gegen die Exportleitung ins Elsass, es passt auch die mehrheitliche Ablehnung des ‹Völkerbundes› 1920 ins Bild: Auch der Völkerbund wurde als etwas Fremdes, Undurchschaubares und vielleicht Mächtiges wahrgenommen, das im Widerspruch zum idealisierten Nahbereich stand. Nur dort, wo mit starkem verbalem Druck gegenläufige wirtschaftliche Interessen mobilisiert werden konnten, wurde der ‹partikularistische Unabhängigkeitswille› durchbrochen. In bäuerlichen Kreisen konnten deshalb auch Mehrheiten für den Völkerbundsbeitritt zustande kommen.²⁵

III. Zum Regionalbewusstsein in der Nachkriegszeit

1. Gegen die UNO

Er habe mit einem, wenn auch mit einem weniger scharfen Nein gerechnet, meinte der damalige Baselbieter Ständerat Edi Belser am Abend des Abstimmungssonntags zur Presse. Als Mitglied des Co-Präsidiums des ‹Baselbieter Komitees für den UNO-Beitritt› wäre ihm ein anderes Abstimmungsergebnis lieber gewesen. Demgegenüber gab Marcel Bertschmann, Präsident des ‹Baselbieter Komitees gegen den UNO-Beitritt› seiner Freude darüber Ausdruck, ‹dass das Baselbiet offenbar gelernt hat, schweizerisch zu denken›.²⁶

56 Jahre nach der Abstimmung über den Beitritt zum Völkerbund hatten die Baselbieter Stimmbürger – und diesmal auch die Stimmbürgerinnen – an diesem 16. März 1986 erneut über eine schweizerische Mitgliedschaft in einer supranationalen Organisation zu befinden gehabt.²⁷ Der Entscheid fiel im Baselbiet 1986 gleich aus wie 1920: Bei einer Stimmbeteiligung von über 52 Prozent stimmte mit 25 312 Ja (32,9%) gegen 51 741 Nein (67,1%) auch diesmal eine Mehrheit der Stimmbürgerschaft gegen einen Beitritt der Schweiz.²⁸ Dennoch zeigen sich mindestens drei Unterschiede:

25 Der Zusammenhang zwischen dem Ja-Stimmen-Anteil in der Völkerbundsabstimmung und dem Anteil der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen ist – wie bereits erwähnt – signifikant messbar. Der deutlich schwächere und nicht-signifikante Zusammenhang zwischen dem Ja-Stimmen-Anteil zum Völkerbundsbeitritt und der Verteilung der Bandwebstühle könnte daher rühren, dass die Koalition des ‹partikularistischen Unabhängigkeitswillens› durch die markige Propaganda in diesem Fall gespalten worden ist.

26 *Basellandschaftliche Zeitung*, 17.3.1986.

27 Ganz vereinzelt war den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Zusammenhang zwischen diesen beiden Entscheidungen bewusst. *Basellandschaftliche Zeitung*, 11.3.1986.

28 *Amtsblatt für Basel-Landschaft* 11/1986.

- Im gesamtschweizerischen Vergleich schnitt die UNO-Vorlage im Baselbiet trotz der Ablehnung respektabel ab.²⁹ Mit den Kantonen Basel, Tessin, Genf und Jura gehörte das Baselbiet zu den wenigen Kantonen, in denen der Ja-Stimmen-Anteil über 30 Prozent lag.³⁰ Baselland hatte damit gegenüber 1920 seine Stellung im Chor der Kantone gewechselt.
- Die Haltung der Baselbieter Stimmbürgerschaft war 1986 weniger polarisiert als 1920. Während der Beitritt zum Völkerbund in einzelnen Gemeinden auf starke Zustimmung, in andern auf starke Ablehnung stiess, fand der UNO-Beitritt in Gemeinden wie Lauwil und Liedertswil zwar starke Ablehnung, in keiner einzigen Gemeinde aber Zustimmung.
- Während sich 1920 die Ja-Stimmen ziemlich heterogen über die Landschaft verteilten und vor allem kein Gegensatz zwischen oberem und unterem Kantons- teil zu registrieren war, zeigten sich die Unterbaselbieter Gemeinden 1986 zustimmungsfreudiger als die des obern Kantonsteils.

Der Abstimmungskampf um den UNO-Beitritt spielte sich vor einem andern Hintergrund ab als der um den Völkerbundsbeitritt. Einfluss aber hatte auch jetzt die wirtschaftliche Situation: Die Wirtschaftskrise, die 1974/75 einer jahrzehntelangen Hochkonjunktur ein Ende bereitet hatte, brach auch die Reformfreude, welche 1968 und später bis ins Bürgertum eingedrungen war. Mit der Zeit zu gehen, Unruhen zu verstehen, umzudenken, neue Ideen vorurteilslos zu prüfen, sich den andern und der Welt zu öffnen, war plötzlich nicht mehr «in». Zukunftsangst löste die Zuversicht ab. An die Stelle der Reformpläne trat ein harter Konservatismus. Unzählige Abstimmungsvorlagen scheiterten (Dejung 1984: 181–206). Obwohl sich die wirtschaftliche Situation wieder verbesserte, hielt die konservative «Wende» in den achtziger Jahren an. Sie beeinflusste auch die Debatte um den UNO-Beitritt der Schweiz.

In der Baselbieter Presse wurde für den UNO-Beitritt angeführt, dass die UNO «Beachtliches geleistet» und zur «Erhaltung des Friedens» beigetragen habe. Sie habe «auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Rohstoffversorgung, der Ernährung, der Flüchtlinge, der Bekämpfung der Folter oder des Drogenhandels und in vielen anderen Fragen immerhin rund 350 internationale Verträge ausgearbeitet». Für die Schweiz, welche einen wesentlichen Teil dieser Verträge mitunterzeichnet habe und zudem längst in den Spezialorganisationen der UNO mitwirke, stelle sich nun in der kommenden Abstimmung die «Kernfrage», ob sie diese Verträge nur nachvollziehen oder nicht auch das Recht erhalten wolle, «bei ihrer Ausarbeitung mitzuwirken?».³¹ Das «Baselbieter Komitee für den UNO-Beitritt» setzte sich für ein Ja zu dieser «Kernfrage» ein.³²

29 Auf eidgenössischer Ebene war der UNO-Entscheid weit deutlicher ausgefallen als die damalige Völkerbundsabstimmung: 511 713 Ja (24,3%) standen 1 591 150 Nein (75,7%) gegenüber. Kein einziger Stand hatte die Vorlage gutgeheissen (Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1986, S. 518).

30 Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. März 1986. VOX-Nr. 29, Bern/Zürich 1986, S. 2.

31 Felix Auer (Co-Präsident des Baselbieter Komitees für den UNO-Beitritt): Die Kernfrage der Abstimmung, in: *Basellandschaftliche Zeitung*, 11.3.1986.

32 Inserat in: *Basellandschaftliche Zeitung*, 1.3.1986.

Dem hielten die Beitrittsgegner entgegen, es liege keineswegs im Interesse der Schweiz, einer ineffizienten, unübersichtlichen und teuren Organisation beizutreten, die ihr Ziel, die «weltweite Völkerverständigung» nicht genügend wahrnehmen könne. Im Gegenteil: Ein Beitritt würde die schweizerische Neutralität und Unabhängigkeit in Frage stellen und dem schweizerischen Landesinteresse damit zuwiderlaufen. Um mit der übrigen Welt solidarisch zu sein, brauche die Schweiz, wie sie es schon oft bewiesen habe, die UNO nicht.³³

Welche Argumente die Baselbieter Stimmbürgerinnen und -bürger schliesslich dazu bewogen, den UNO-Beitritt mehrheitlich zu verwerfen, lässt sich nicht mit Bestimmtheit feststellen. Aufgrund der VOX-Nachanalysen zum Urnengang vom 16. März 1986 ist man jedoch besser über die hinter dem Entscheid stehenden Motive orientiert als 1920.³⁴ Nach dieser gesamtschweizerisch und repräsentativ durchgeführten Befragung standen bei den Beitrittsgegnern drei Beweggründe im Vordergrund: «Einmal stuften sie die Kosten eines Beitritts im Vergleich zum erwarteten Nutzen als gering ein. Zum zweiten äusserten sie Bedenken im Hinblick auf die Neutralitätspraxis. Der dritte kritische Einwand betraf die Politik bzw. die Funktionsweise der UNO selber.»

Auf der andern Seite war es für die Beitrittsbefürworter «nach Jahren der Mitarbeit in den meisten Unterorganisationen» an der Zeit, den Beitritt zu vollziehen. Andere erwarteten für die Schweiz einen «unmittelbaren Nutzen» oder forderten mit ihrem Ja zum UNO-Beitritt eine aktivere Aussenpolitik.³⁵

Ob sich auch die Abstimmungsmotive im Baselbiet mit diesen Ergebnissen decken, lässt sich nicht mit letzter Bestimmtheit sagen. Es gibt jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass sich die Baselbieter Stimmbürgerinnen und -bürger aus andern Gründen gegen die UNO ausgesprochen hätten als die Stimmbürgerschaft in der übrigen Schweiz.³⁶

2. Gegen die THT

Ende 1988 bekommen Umweltschützerinnen und Umweltschützer im Oberelsass erstmals Wind von Plänen der Elektrizitätsgesellschaft dies- und jenseits der französisch-schweizerischen Grenze, eine neue grenzüberschreitende Hochspannungslei-

33 Glaube an die guten Ziele fehlt. Komitee gegen einen UNO-Beitritt orientierte, in: *Basellandschaftliche Zeitung*, 11.3.1986.

34 Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. März 1986, VOX-Nr. 29, Bern/Zürich 1986, S. 2.

35 Ebd., S. 25.

36 Der Vergleich zwischen den Umfrageergebnissen und Aggregatdaten auf kantonaler Ebene lässt eher das Gegenteil vermuten: Indem im Baselbiet der Ja-Stimmen-Anteil positiv mit dem Frauenanteil in der Bevölkerung (Korrelationskoeffizient: 0.4103) und negativ mit dem Anteil der Beschäftigten im Primärsektor (Korrelationskoeffizient: -0.5706) zusammenhängt, bestätigen sich Ergebnisse der VOX-Analyse auch auf kantonaler Ebene. Auch die Feststellung, dass die Stimmbeteiligung in Gemeinden mit einem hohen Anteil im Primärsektor Beschäftigter deutlich höher liegt als in andern Gemeinden (Korrelationskoeffizient: 0.4843), bestätigt gesamtschweizerische Umfrageergebnisse (Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. März 1986, VOX-Nr. 29, Bern/Zürich 1986, S. 6-12).

tung zu errichten.³⁷ Federführend in Frankreich ist die «Electricité de France» (EdF), die eine von ihrem Werk Fessenheim abgehende Leitung über Sierentz an die schweizerische Grenze heranführen will. Auf schweizerischer Seite zeichnet die «Aare-Tessin-Elektrizitätsgesellschaft» (ATEL) für das Projekt verantwortlich, die Leitung an der Grenze abzunehmen und bis zum Unterwerk «Frohloo» bei Bottmingen weiterzubauen.³⁸

Nicht lange, und die Nachricht kursiert auch unter Umweltschützerinnen und Umweltschützern auf schweizerischer Seite. Dabei spielen alte Kontakte, die seit der aktiven Phase des Widerstands gegen die Atomkraftwerke der Region bestanden (Schroeren 1977), eine verbindende Rolle.³⁹

Für die Elektrizitätsgesellschaften steht ihr 400-Kilovolt-Leitungsprojekt im Zusammenhang mit dem Ausbau des europäischen Stromverbundnetzes, das als geschlossene Rundleitung konzipiert ist und für das die französisch-schweizerischen Verbindungen einen Engpass darstellen. Zudem will die ATEL durch die beidseitige Erschliessung des Unterwerks «Frohloo» die Versorgungssicherheit der regionalen Stromverteiler verbessern.⁴⁰

Für den Grenzübertritt und die Weiterführung auf schweizerischer Seite wurden zwei Leitungsvarianten geprüft: Die kürzere Variante «Nord» sollte nur 4,5 Kilometer lang und von Betonpfeilern getragen werden (Bättwil–Benken–Therwil). Die Variante «Süd» sollte 9,1 Kilometer lang und – wegen der Hanglage und der Bewaldung – von höheren Gittermasten getragen werden (Burg–Metzerlen–Ettlingen).⁴¹

Aus den ersten grenzüberschreitenden Kontakten zwischen den Umweltaktivistinnen und -aktivisten der Region entstand am 12. Mai 1989 die französisch-schweizerische Organisation «Internationales Komitee gegen die Höchstspannungsleitung Fessenheim-Pratteln» («Contre THT»). «Ein solches Projekt», schrieb «Contre THT», «entstellt noch relativ unberührte, als <malerische Zonen> eingestufte, und belastet bereits hochbelastete Landschaften noch mehr. Freileitungen so hoher Spannung greifen ein in das Gedeihen von Pflanzen und das Verhalten und Wohlbefinden von Vögeln und Bodentieren, sogar von Menschen mit zum Teil bekannten, zum Teil erst erahnten Folgen».⁴² Auf diese Argumentation gegen die Hochspannungsleitung hatten sich sowohl die gemässigten Kreise um die Maires der betroffenen Gemeinden und um den Generalrat im Oberelsass als auch die radikaleren Kräfte aus den Umweltbewegungen beidseits der Grenze einigen können. Während die gemässigten Kräfte sich jedoch auch mit dem Gedanken an eine unterirdisch oder im Rheinbett geführte Leitung anfreunden konnten,⁴³ lehnten die

37 Brief des Conservatoire des Sites Alsaciens vom 11.10.1988 an die französischen Umweltorganisationen am Oberrhein.

38 *Nordschweiz*, 4.1.1989.

39 So scheint der entscheidende, grenzüberschreitende Funke von Solange Fernex zu Konradin Kreuzer, einer alten Kämpin und einem alten Kämpen aus der AKW-Bewegung, gesprungen zu sein (Gespräch mit Konradin Kreuzer, Forum für verantwortbare Wissenschaft, vom 13.3.1991 in Flüh).

40 *Basellandschaftliche Zeitung*, 23.2.1989.

41 *Basellandschaftliche Zeitung*, 23.2.1989; *Nordschweiz*, 23.2.1989.

42 Flugblatt der «Contre THT», Mai 1989.

43 *Tages-Anzeiger*, 1.7.1989; *Basler Zeitung*, 1.7.1989.

radikaleren Teile der Hochspannungsgegner das Projekt grundsätzlicher ab: Für sie bildete die neue Leitung Teil des internationalen Atomstromverbunds, diente der EdF zum Absatz ihrer Überkapazitäten, der ATEL zur Veredelung des französischen Atomstroms über die Speicherstauseen und beiden zum Profit zulasten der Region, ihrer Einwohner und Umwelt.⁴⁴

Als ersten Schritt zur Verhinderung der ungeliebten Hochspannungsleitung lancierte «Contre THT» eine internationale Petition, die sowohl den französischen wie auch den schweizerischen Behörden überreicht werden sollte.⁴⁵ Bis Ende Juni 1989 hatte das Komitee rund 6200 Unterschriften gesammelt.⁴⁶

Neben der Unterschriftensammlung organisierte es Demonstrations- und Informationsversammlungen: Am 5. Juni 1989 fand eine erste Veranstaltung in Leymen statt, an der insgesamt rund 800 Leute aus der ganzen Region teilnahmen.⁴⁷

Später trafen sich die Leitungsgegner zu weiteren Veranstaltungen in Therwil⁴⁸ und erneut in Leymen⁴⁹. An diesen Kundgebungen zeigte sich nicht nur, dass die von der EdF vorläufig verfügte Sistierung der Vorbereitungsarbeiten den Widerstand wieder etwas abkühlen liess, es offenbarten sich auch Spaltungstendenzen zwischen gemässigten und radikaleren Leitungsgegnern: Während die gemässigten Kräfte um den elsässischen Generalrat und die Maires der betroffenen Gemeinden im Oberelsass auf die Prüfung der Leitungsvarianten setzten, beharrten die radikaleren Kräfte aus den AKW-Gegner-Organisationen auf einer grundsätzlicheren Position.⁵⁰

Trotz Widerstand und Projektsistierung trieben die Projektträgerinnen die Planungsarbeiten voran. Die ATEL entschied sich schliesslich für die Variante «Nord», weil diese Landschaft und Erholungswert weniger stark tangiere als die Variante «Süd», und reichte entsprechende Bewilligungsgesuche ein, die nun einem jahrelangen Verfahren unterworfen sind.⁵¹ Die EdF kam bei ihrer Variantenprüfung zu ähnlichen Ergebnissen, vor allem zeigte sich, dass eine Leitung im Rheinbett zu einem Sicherheitsrisiko für die Schifffahrt und eine unterirdische Verkabelung zu einer vielfachen Verteuerung der Anlage ohne nennenswerte Vorzüge für Landschaft und Umwelt führen würden. Trotzdem wollte sie die Variantenprüfungen fortsetzen und vor einer endgültigen Entscheid die elsässischen Behördenvertreter konsultieren.⁵² Ob die geplante Leitung je gebaut werden kann, ist damit noch offen.

Die Widerstandsbewegung gegen die geplante Hochspannungsleitung aus dem Elsass ins untere Baselbiet ist interessant, weil sich auch an diesem Beispiel das Verhalten gegenüber den Nachbarn auf der andern Seite der Grenze studieren lässt: Der Widerstand der «Contre THT» ist von Anbeginn an eine internationale Angelegenheit. Die entscheidenden Gremien des Komitees setzen sich paritätisch aus

44 *Basler Zeitung*, 3.6.1989.

45 *Nordschweiz*, 6.6.1989; Flugblatt «Contre THT», Mai 1989.

46 *Basler Zeitung*, 28.6.1989; *Tages-Anzeiger*, 1.7.1989; *Basler Zeitung*, 1.7.1989.

47 *Basler Zeitung*, 3.6.1989; *Basellandschaftliche Zeitung*, 7.6.1989.

48 *Basellandschaftliche Zeitung*, 23.9.1989; *Basler Zeitung*, 23.9.1989; *Tages-Anzeiger*, 23.9.1989.

49 *Basler AZ*, 14.6.1990; *Nordschweiz*, 12.6.1990; *Basler Zeitung*, 11.6.1990.

50 *Nordschweiz*, 12.6.1990; *Dementi*, 20.6.1990.

51 *Nordschweiz*, 17.8.1990; *Basellandschaftliche Zeitung*, 26.8.1989; *Basler Zeitung*, 23.9.1989.

52 *Basellandschaftliche Zeitung*, 26.8.1989; *Basler Zeitung*, 20.3.1990.

französischen und schweizerischen Mitgliedern zusammen.⁵³ Auch die Aktionen sind international angelegt. So werden für die Petition nicht nur beidseits der Grenzen Unterschriften gesammelt, die Eingabe richtet sich auch an die Behörden auf schweizerischer und auf französischer Seite.⁵⁴ An den Demonstrations- und Informationsversammlungen nehmen Leute von beiden Seiten der Grenze teil, die Sprachen Deutsch und Französisch sind gleichberechtigt.⁵⁵ Der internationale Charakter wird dabei sowohl in der Argumentation als auch in der Symbolik unterstrichen: So kommentierte ein Mitglied des Co-Präsidiums von «Contre THT» das Ergebnis der Unterschriftensammlung mit den Worten, das Stromgeschäft kenne keine Grenzen, der Widerstand der Bevölkerung aber auch nicht. Und so wurden die Unterschriftenbogen beim Zollhaus Flüh feierlich von der schweizerischen auf die französische Seite übergeben, damit sie in Colmar eingereicht werden konnten.⁵⁶ Auch forderte «Contre THT» die Präfektur in Colmar erfolglos auf, die Teilnahme an der dortigen Informationsveranstaltung auch schweizerischen Mitgliedern zu erlauben.⁵⁷

Vergleicht man die Widerstandsbewegungen von 1924/25 mit der heutigen, dann zeigen sich deutliche Unterschiede: Die Elsässerinnen und Elsässer sind jetzt Verbündete im Kampf gegen eine weitere Belastung der Landschaft und der Umwelt. Dies dürfte zum Teil daher rühren, dass der damalige Widerstand vorwiegend wirtschaftlich, der heutige vorwiegend ökologisch motiviert ist. Zwar war auch 1923/24 vom Landschaftsschutz die Rede und hätte – theoretisch – auch die elsässische Landschaft als gefährdet betrachtet werden können. Die Angst vor der wirtschaftlichen Konkurrenz aber stand im Vordergrund und einer grenzüberschreitenden Solidarisierung im Wege. Zwar begegnen sich auf dem regionalen Arbeitsmarkt elsässische und schweizerische Arbeitnehmerinnen und -nehmer auch heute als Konkurrenten. Im Vordergrund des THT-Widerstands aber steht die ökologische Dimension, und diese überwindet offensichtlich die gegenläufigen Wirtschaftsinteressen.

3. «Partikularistischer Unabhängigkeitswille» und «ökologisches Bewusstsein»

Der hohe Stellenwert, den die Bedenken in bezug auf die Neutralitätspolitik sowie die finanziellen Erwägungen in der Argumentation um den UNO-Beitritt gespielt haben, könnte dafür sprechen, dass auch bei dieser Abstimmung der «partikularistische Unabhängigkeitswille» noch wirksam gewesen ist. Für diese Vermutung sprechen einmal die bei dieser Abstimmung besonders starke Mobilisierung der Angehörigen der alten Mittelschicht (Landwirte und selbständige Gewerbetreibenden).

53 *Nordschweiz*, 6.6.1989; *nux* Nr. 58/Juni 1989, S. 7.

54 Von den rund 6200 Unterschriften sollen rund 3500 aus der Schweiz stammen (*Basellandschaftliche Zeitung*, 28.6.1989).

55 *Basellandschaftliche Zeitung*, 7.6.1989.

56 *Basler Zeitung*, 28.6.1989; *Basellandschaftliche Zeitung*, 28.6.1989.

57 *Basler Zeitung*, 28.6.1989.

de) sowie der älteren Stimmbürgerinnen und -bürger.⁵⁸ Zum zweiten spricht dafür, dass die schweizerische Stimmbürgerschaft gerade in «ausserpolitischen Vorstellungen speziell auf Tradition und Kontinuität bedacht zu sein» scheint und einer «isolationistischen Grundhaltung verpflichtet» bleibt (Hablützel/Hertig 1979). Wenn zudem in Betracht gezogen wird, dass auch heute noch die Wahrnehmung zunehmender Auslandsabhängigkeit den «Willen zur Isolation» eher verstärkt als abschwächt (Frei 1988), dann scheint die These vom Einfluss des «partikularistischen Unabhängigkeitswillens» gerade nach der Krisenerfahrung 1974/75 durchaus plausibel.⁵⁹ Da im Unterschied zur Abstimmung 1920 keine zentralen wirtschaftlichen Interessen, die für einen UNO-Beitritt gesprochen hätten, aufgeboten werden konnten, blieb seine Wirkung auf das Abstimmungsverhalten praktisch ungebrochen. In einer weiteren ausserpolitischen Abstimmung der Nachkriegszeit, beim Urnenentscheid über das Freihandelsabkommen der Schweiz mit der EWG, konnten die wirtschaftlichen Interessen dagegen für ein Ja mobilisiert werden.⁶⁰

Liess sich in der Zwischenkriegszeit auch der Widerstand gegen die Hochspannungsleitung durchs Baselbiet auf den «partikularistischen Unabhängigkeitswillen» zurückführen, so lässt sich das für den Widerstand gegen die THT auf schweizerischer Seite nicht behaupten. Während auf französischer Seite, vor allem bei den lokalen und regionalen Behörden, auch wirtschaftliche Interessen im Spiele sind,⁶¹ gilt dies für die schweizerischen Teile der Bewegung nicht.⁶² Mit dem Widerstand gegen die Hochspannungsleitung durchs untere Baselbiet meldet sich einmal mehr ein neuer Einflussfaktor basellandschaftlicher Politik zum Wort: das ökologische Bewusstsein.

58 Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 16. März 1986, VOX-Nr. 29, Bern/Zürich 1986, S. 7/8.

59 Gestützt wird die These zudem durch den hochsignifikanten Zusammenhang, den es zwischen dem Ja-Stimmen-Anteil und der ehemaligen Verteilung der Seidenbandwebstühle gibt (Korrelationskoeffizient: - 0.3865).

60 Die EWG- und die UNO-Abstimmungen sind sich – abgesehen vom Ja-Niveau – im Resultat hochsignifikant ähnlich (Korrelationskoeffizient: 0.4252).

61 Das Elsass gilt als Landstrich, dessen natürliche Vorzüge sich in Zukunft vermehrt auch touristisch nutzen liessen. Die negativen Folgen, die eine Hochspannungsleitung für Landschaft und Umwelt haben kann, stehen zu diesen Perspektiven im Widerspruch. Der Rückhalt, den ökologische Forderungen im Elsass finden können, speist sich teilweise aus dieser Quelle (Peter Knechtli: «Wir brauchen hier diese stählernen Monster nicht.» Das Projekt einer Hochspannungsleitung für Atomstrom schärft das Umweltbewusstsein der Nachbarn Basels, in: *Weltwoche*, 29.7.1989).

62 Das untere Baselbiet, das von der «Nord»-Variante betroffen wäre, ist sowohl für den Tourismus als auch für die Landwirtschaft praktisch verloren. Etwas anders verhielte es sich bei der «Süd»-Variante, welche noch unberührtere Gegenden streifen würde.

IV. Ökologisches Bewusstsein und Umweltbewegung

1. Die Entstehung des ökologischen Bewusstseins

Die ehemals ländliche Umgebung Basels ist schweizerischerseits während der vorangegangenen Jahrzehnte von rasch zunehmenden Industrieanlagen und sterilen Wohnsiedlungen überzogen worden, die sich von Basel und den regionalen Zentren im Baselbiet her in die Landschaft hineingefressen haben. Die Zersiedlung der Landschaft, die Belastung von Luft und Wasser durch Schadstoffe, die Lärm- und Gestanksbelästigungen haben in Basel und Umgebung eine Sensibilität für Umweltbelange entstehen lassen, die sich schon in den sechziger Jahren bemerkbar gemacht hat: Eine Expertenbefragung, die Mitte der sechziger Jahre zu Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durchgeführt worden war, hatte ergeben, dass unter den befragten Schweizern bereits ein Drittel «von der Industrialisierung mit Bedauern eine irreversible Beeinträchtigung der Natur» erwartete. Von den befragten Badenern und Elsässern äusserte praktisch keiner solche Befürchtungen (Stolz/Wiss 1966). Den entscheidenden Durchbruch erfuhr das ökologische Bewusstsein in der Region Basel jedoch Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre, wobei es sich ansatzweise bereits mit einer europäischen Perspektive verknüpfte (Niederer-Schmidli 1991).

Die Umweltsituation der Region Basel war folglich schon angespannt, die Sensibilität der regionalen Bevölkerung für Umweltfragen bereits vorhanden, bevor die Auseinandersetzung um das Kaiseraugster Atomkraftwerk in ihre entscheidende Phase trat. Die AKW-Bewegung konnte auf diesen Voraussetzungen aufbauen.

2. Der Widerstand gegen das AKW Kaiseraugst

Die «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst» (GAK) hatte eben ihren fünfzehnten Geburtstag gefeiert, als die Bundesversammlung im März 1989 einer Entschädigungssumme von 350 Mio. Franken an die «Kernkraftwerk Kaiseraugst AG» für ihren Verzicht auf das Atomkraftwerk Kaiseraugst zustimmte: Eine jahrelange Auseinandersetzung um die ungeliebte Atomstromfabrik vor den Toren Basels war damit endgültig und für die Atomkraftwerkgegnerinnen und -gegner erfolgreich beigelegt.⁶³

Der Höhepunkt des Widerstandes war im Jahre 1975 eine wochenlange Besetzung des Baugeländes in Kaiseraugst gewesen (Schroeren 1977; Epple 1981; Kriesi 1982; Sarasin 1984). Zur illegalen, direkten Aktion aufgerufen hatte die «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst», die nach dem letztinstanzlichen Entscheid des eidgenössischen Bundesgerichtes 1973 gegründet worden war. Vorausgegangen waren jahrelange Bestrebungen der Bürgerinitiativen «Kaiseraugster für gesundes Wohnen» und «Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst», die mit Appellen und Demonstrationen an die Adresse der zuständigen Behörden erfolglos versucht hatten, das AKW zu verhindern. Nach dem Bundesge-

⁶³ *Basler Zeitung*, 8.3.1989; 9.3.1989; 27.6.1989.

richtsentscheid hatte zunächst Ratlosigkeit geherrscht. Erst die symbolische Besetzung des Baugeländes durch die neugegründete GAK zwischen Weihnacht und Silvester 1973 und die anschliessende Informationskampagne in der ganzen Region half dem Widerstand wieder auf die Beine. Eine Grossdemonstration im Spätsommer 1974, die eigentlich zum Auftakt zur Besetzung werden sollte, brachte rund 6000 AKW-Gegnerinnen und -Gegner aufs Gelände. Da der Baubeginn jedoch verschoben worden war, dauerte es nochmals ein halbes Jahr, bis schliesslich am 1. April 1975 das Gelände besetzt wurde.

Für die GAK hatte die Besetzung in den ersten Tagen provisorischen Charakter. Obwohl ihrer Aktion sofort Sympathie und Unterstützung zukam, wollte sie den Entscheid für die Fortsetzung der Besetzung einer Grossveranstaltung auf dem Baugelände überlassen, zu der sie auf Sonntag, den 6. April 1975, aufgerufen hatte. Sie erhielt ihre Bestätigung: Trotz Kälte, Schnee und Regen nahmen rund 15 000 Leute aus der ganzen Region an der Kundgebung teil und stimmten für die Fortsetzung der Besetzung.

Der Funke war gesprungen: Schon nach wenigen Tagen hatten sich in der ganzen Region und darüber hinaus neue Ortsgruppen und Bürgerinitiativen gebildet, welche die Kaiseraugster Besetzung personell, finanziell, mit Sachspenden oder ihrer Unterschrift unterstützten. Ein enges Netz von neuen Gruppen, alten Organisationen und persönlichen Verbindungen überzog die Region. Darin zeigte sich die tiefe Verankerung der illegalen Bauplatzbesetzung in der regionalen Bevölkerung.

Wochen der Spannung folgten. Beinahe täglich musste man mit der polizeilichen Räumung des Geländes rechnen. Sie erfolgte nicht. Stattdessen traten Politiker als Vermittler auf, und nach wochenlangem Tauziehen setzten sich schliesslich die gemässigten AKW-Gegnerinnen und -Gegner durch: Der Bundesrat hatte Gespräche über alle offenen Fragen zugesagt. Die Bauherrin verzichtete vorläufig auf die Fortsetzung der Bauarbeiten. Nach elf Wochen Besetzung räumten die Besetzerinnen und Besetzer das Feld, um – nach bundesrätlicher Lesart – in «Gespräche», – nach ihrer eigenen Interpretation – in «Verhandlungen» einzutreten.

Die gewaltfreie, aber illegale Aktion, die den Höhepunkt der Auseinandersetzung um das AKW Kaiseraugst bildete, war damit abgeschlossen. Es folgten Verhandlungen, und die Auseinandersetzung um die Atomkraftwerke wurde mit mehreren Volksinitiativen in doppeltem Sinne auf eine andere Ebene verlagert: Fortan wurde der Konflikt nicht mehr auf der regionalen, sondern auf der eidgenössischen Ebene geführt. Und der Konflikt wurde – von einigen Besetzungsversuchen in Gösgen abgesehen – wieder auf die institutionelle Ebene zurückgeführt, wo er schliesslich auch beigelegt wurde.

Die gewaltfreie Besetzung hatte eine Verzögerung herausgeholt, auf Kaiseraugst verzichtet aber wurde nicht mehr allein aus Rücksicht auf die tiefe Verankerung der AKW-Bewegung in der Region Basel, sondern weil das Projekt inzwischen schliesslich auch wirtschaftlich und technisch überholt war.

Der Kampf um das AKW Kaiseraugst war von Anfang an eine grenzüberschreitende Angelegenheit gewesen: Bereits 1966 war Parlamentariern im Basler Grossen Rat aufgefallen, dass sich am Oberrhein, im unmittelbaren Einzugsbereich der Agglomeration Basel, eine Massierung von Atomkraftwerkstandorten auf französi-

scher, deutscher und schweizerischer Seite des Rheins abzeichnete. Und eine Resolution aus dem Jahre 1973 hielt fest: «Rund um Basel, von Gösgen bis Breisach, sollen 8 Atomkraftwerke mit vorläufig 14 Atomreaktoren entstehen. An keinem Ort der Welt gibt es eine derartige Konzentration. Das Gefahrenrisiko in einer so dichtbesiedelten Gegend mit rund 2 Millionen Einwohnern ist unannehmbar.» Dementsprechend verlangten die AKW-Gegnerinnen und -Gegner nicht nur ein «Mitspracherecht» der «betroffenen Gemeinden, Kantone (und Regionen)», sondern ebenfalls eine «verbindliche Absprache mit allen Anliegerstaaten»⁶⁴.

Die GAK hatte unmittelbar nach ihrer Gründung Kontakt zu den AKW-Gegnern im benachbarten badischen Schwörstadt geknüpft und auch mit den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gegen eine Bleisulfatfabrik in Marckolsheim (F) und ein Atomkraftwerk in Wyhl (BRD) trat sie in Verbindung (Wüstenhagen 1975; Buchholtz u.a. 1978; Nössler/de Witt [Hrsg.] 1976). Sowohl an den Besetzungen in Marckolsheim wie in Wyhl waren AKW-Gegnerinnen und -Gegner aus der Nordwestschweiz beteiligt. Der Aufruf zur Besetzung des Kaiseraugster Baugeländes machte die GAK mit Sinn für Öffentlichkeitsarbeit und grenzüberschreitende Symbolik an einer internationalen Grosskundgebung in Wyhl.

Die Auseinandersetzung um die Atomkraftwerke Kaiseraugst und Wyhl blieben nicht ohne Folgen auf das Umweltbewusstsein in der Region Basel. Dies zeigt sich einmal daran, dass sowohl Baselland wie Basel-Stadt zu verkehrs-, energie- und umweltpolitischen Pionierkantonen der Schweiz wurden und beispielsweise mit dem Umweltabonnement für die öffentlichen Verkehrsmittel, mit ihren Bestrebungen zur Energieeinsparung sowie mit ihren koordinierten neuen Umweltgesetzen Marksteine setzten. Zum andern zeigt es sich an den Ergebnissen einer Umfrage, bei der 1986 in der ganzen Region Basel nach einem repräsentativen Quota-Verfahren über 3000 Personen interviewt und unter anderem zu ihrer Haltung gegenüber der Atomkraftnutzung befragt worden waren. Dabei stellte sich heraus, dass selbst im atomkraftfreundlichsten Teil der Region, im Elsass, sich noch rund 50 Prozent der Befragten gegen eine weitere Nutzung der Atomkraft überhaupt oder zumindest in der Region aussprachen. In unserem Zusammenhang besonders interessant ist das Ergebnis, dass sich die ablehnende oder zumindest skeptische Haltung gegenüber der Atomkraft «in erster Linie mit dem Hinweis auf eine mögliche Gefährdung des eigenen Lebensraumes» verband, was im Kontrast zu den Ergebnissen der Expertenbefragung Mitte der sechziger Jahre einen deutlichen Wandel markiert. Der Autor der neuen Studie kommt zum interessanten Schluss, dass «sich ein Zusammenwirken von ökologischem Denken und grenzüberschreitender lebensräumlicher Identifikation» abzeichne, «das für die Entwicklungen in anderen Gebieten beispielhaft werden könnte» (Fichtner 1988: 136–139).

Der teilweise erfolgreiche, grenzüberschreitende Widerstand gegen die Ballung von Atomkraftwerken am Oberrhein hat den ökologisch Sensibilisierten darüber hinaus auch Erfolgserlebnisse vermittelt und zudem Erfahrungen in der internatio-

⁶⁴ Resolution gefasst anlässlich der Kundgebung gegen vorgesehene Atomkraftwerke der Regio vom 30. November 1973 im Bernoullianum Basel (Flugblatt).

nen Zusammenarbeit von Basisgruppen und grenzüberschreitende Netzwerke entstehen lassen. Insgesamt hat die Auseinandersetzung um Atomkraftwerke Bedingungen geschaffen, welche – «Contre THT» und andere Beispiele zeigen es – auch für andere Bereiche ökologischen Engagements günstige Voraussetzungen bilden.

3. Der Widerstand gegen den Ausbau des Flughafens Basel-Mülhausen

Am 27. Oktober 1990 trafen sich beim Flughafen Basel-Mülhausen gegen 2000 Personen aus der Nordwestschweiz, dem Elsass und dem südbadischen Raum zu einer Kundgebung.⁶⁵ «Wir fordern: keine weiteren Pisten, weniger Fluglärm, weniger Luftverschmutzung», stand auf dem Flugblatt, mit dem 43 Organisationen aus allen Teilen des Dreiländerecks zur Teilnahme eingeladen hatten.⁶⁶ Aktueller Anlass zur Demonstration war der Entscheid des schweizerischen Nationalrates gewesen, dem Flughafen Basel-Mülhausen ein Darlehen von 78,8 Mio. Franken zu gewähren.⁶⁷ Stein des Anstosses aber sind für die Umweltorganisationen des Dreiländerecks die Ausbaupläne der Flughafenverwaltung.

Der Flugplatz, der nach seiner Eröffnung 1946 neben Genf und Zürich ein Mauerblümchen-Dasein fristete, soll sich in den kommenden Jahren als «Euro-Airport Basel-Mülhausen-Freiburg» zu einer wichtigen «Drehscheibe» entwickeln.⁶⁸ Unter den 23 Vorhaben, die in den kommenden 10 Jahren realisiert werden sollen, finden sich Grossprojekte, wie die Erweiterung des Flughafes, ein neues Frachtzentrum, die Verlängerung der Ost-West-Piste sowie der Bau einer parallelen Landebahn zur bestehenden Nord-Süd-Piste.⁶⁹ Mit ihrem «Entwicklungsplan» reagiert die Flughafenverwaltung auf die rasanten Zuwachsraten, mit denen ihr Betrieb in den letzten Jahren aufwarten konnte. Allein 1989 nahm die Zahl der Passagiere um 19 Prozent, das Frachtvolumen um 20 Prozent und die Zahl der gewerblichen Flugbewegungen um 9 Prozent zu.⁷⁰ Schreibt man die Entwicklung fort, so ergibt sich für das Jahr 2005 eine gute Verdoppelung der Zahl der Passagiere auf 3,9 bis 4,6 Millionen und eine Erhöhung der Flugbewegungen von 48 000 auf 73 000–80 000.⁷¹

Gegen diese Pläne und deren indirekte Subventionierung durch Bundes- und Kantonsregierung richtete sich der Widerstand der Umweltorganisationen, die im Oktober 1990 zur Kundgebung beim Flughafengelände aufriefen. Dabei konnten sie auf die Vorarbeiten verschiedener Organisationen aufbauen: im «Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen», der sich für den «Schutz der Bevölkerung vor jeglichem Fluglärm» und «vor anderen durch den Flugbetrieb

65 *Basler AZ*, 29.10.1990; *Basler Zeitung*, 29.10.1990.

66 Flugblatt «Stop Fluglärm».

67 *Nordschweiz*, 18.1.1990

68 *Neue Zürcher Zeitung*, 24.10.1990.

69 *Basler Zeitung*, 25.10.1990.

70 Amt für Kantons- und Stadtplanung Basel-Stadt, Jahresbericht 1989, Verkehrserhebungen, S. 30; *Neue Zürcher Zeitung*, 13.3.1990.

71 *Neue Zürcher Zeitung*, 13.3.1990.

verursachten Immissionen, wie Abgase usw.» einsetzte⁷², hatten sich seit 1974 vorwiegend Baselbieter Gemeinden zusammengetan und die Flughafenverwaltung sowie die staatlichen Behörden zu Konsultationen in gemeinsamen Kommissionen und zu Lärmmessungen verpflichtet.⁷³ Ergänzt wurden die Anstrengungen des Schutzverbandes schweizerischerseits durch die «Arbeitsgruppe Luftverkehr» der Basler Sektion des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS), welche sich 1988 gründete und die verkehrspolitische Diskussion um den Flughafen initiierte. Im benachbarten Elsass setzte sich die «Association de défense des riverains de l'aéroport de Bâle-Mulhouse» (ADRA) für die Interessen der Flughafenanwohnerinnen und -anwohner ein.⁷⁴ Nur im südbadischen Raum hatten sich die Flugplatzkritiker noch nicht organisiert.⁷⁵ Immerhin aber stand mit der Weiler «Arbeitsgemeinschaft Morgen-Luft», die sich 1986 nach der Sandoz-Katastrophe gebildet hatte, eine in Luftverschmutzungsfragen kompetente Gesprächspartnerin zur Seite.⁷⁶ Zwischen diesen und weiteren Organisationen waren seit Jahren informelle, grenzüberschreitende Kontakte entstanden. Anlässlich des Treffens der Staatschefs Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz führten diese Kontakte zu einer ersten gemeinsamen «Drei-Länder-Erklärung», die die Kritik am Flughafen und die Forderungen an dessen Verwaltung und die Behörden aller drei Staaten zusammenfasste.⁷⁷

Stand zu Beginn der Auseinandersetzungen um den Flughafen das Lärmproblem im Zentrum, so kamen nach und nach auch die Abgasproblematik sowie die schädlichen Wirkungen des Luftverkehrs in hohen Luftschichten («Ozonloch») hinzu. Heute wird der Ausbau des Flughafens nicht nur aus der Sicht unmittelbarer Betroffenheit, sondern auch unter allgemeinen umwelt- und verkehrspolitischen Gesichtspunkten beurteilt. Ausdruck dieser integralen Argumentationsweise ist die erwähnte «Drei-Länder-Erklärung»⁷⁸ oder das «Umwelt- und sozialverträgliche Leitbild für den Flughafen Basel-Mülhausen», welches von den Basler Sektionen des VCS, des World Wildlife Fund, der Ärzte für Umweltschutz und von der Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutze von Natur und Umwelt im April 1990 vorgelegt wurde. Darin vertreten die Umweltschutzorganisationen die Ansicht, dass «die Grenzen des ökologisch Verantwortbaren auch im Flugverkehr längst überschritten» seien. Sie seien nicht gegen den Flughafen Basel-Mülhausen, stellten aber an seinen Betrieb Bedingungen. So solle er sich ausschliesslich auf regionale Bedürfnisse einstellen und auf den Anspruch verzichten, zum «Euro-Airport» der ganzen Region zu werden. Konkret fordern sie den Verzicht auf die wachstumsorientierten Ausbaupläne, auf Flüge, die über Distanzen unter 600 Kilometern führten, auf lärmintensive Direktstarts über die Stadt Basel, auf Freizeit- und Shoppingflüge sowie auf den

72 Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen, Statuten, S. 3.

73 16. Jahresbericht des Vorstandes für das Jahr 1990, S. 23.

74 Gespräch mit Claude Luisier, Arbeitsgruppe Luftverkehr des VCS beider Basel, vom 13.11.1991 in Allschwil.

75 Gespräch mit Gabriele und Johannes Foege, Vorsitzende und Vorstandsmitglied der «AG Morgen-Luft», vom 27.12.1991 in Weil.

76 «Arbeitsgemeinschaft Morgen-Luft», Selbstdarstellung, S. 2.

77 «Ökologie, menschliche Gesundheit und Flugverkehr, Perspektiven der Regiobevölkerung», Drei-Länder-Erklärung vom 5. Oktober 1989 und «Déclaration écologique rhénane», o.D.

78 Vgl. Anm. 77.

Transport von gefährlichen Gütern oder von Gütern, die auch mit der Bahn befördert werden könnten.⁷⁹

Wie der Widerstand gegen das AKW-Kaiseraugst Mitte der siebziger Jahre, so war auch die Auseinandersetzung um den Flughafen Basel-Mülhausen von Anfang an eine grenzüberschreitende Angelegenheit. Dies lag allein schon deshalb nahe, weil der Flugplatz ein Gemeinschaftswerk Frankreichs und der Schweiz war. Frankreich stellte das Gelände, die Schweiz die Finanzen zur Verfügung. Ein Staatsvertrag unterstellt den Betrieb einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, die Flugsicherheit den französischen Behörden.⁸⁰ So pflegte der schweizerisch dominierte Schutzverband von Anfang an grenzüberschreitende Kontakte und traf sich regelmässig mit Gemeindevertretern aus dem benachbarten Elsass.⁸¹ Und auch die Arbeitsgruppe Luftverkehr des VCS hatte Kontakte zur ADRA.⁸² Zu einer intensiveren und vor allem zu einer institutionell gefestigten Zusammenarbeit aber kam es bis zur «Drei-Länder-Erklärung» 1989 und zur gemeinsamen Kundgebung ein Jahr darauf nicht. Diese beiden Aktionen markieren denn auch einen qualitativen Sprung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Umweltorganisationen in der Region Basel: Erstens unternahmen sie bei diesen Gelegenheiten erstmals gemeinsame Aktionen. Zweitens schlug sich die Aktionseinheit mit der Ende 1990 erfolgten Gründung des «Drei-Länder-Forum Umwelt» (DFU) auch organisatorisch nieder. Und drittens wurde nicht nur der Flughafen umfassend kritisiert, sondern es wurde erstmals auch explizit der argumentative Bogen zur Problematik der europäischen Integration geschlagen.

4. Das DFU und die europäische Integration

Auf den 20. November 1990 lud eine «Aktion gegen den Ausbau des Flughafens Basel-Mulhouse» zur Besprechung ein. In ihrer Einladung machte sie den Vorschlag, «ein Drei-Länder-Forum für Ökologie» zu gründen: «Dieses Forum soll unser <Marktplatz> sein, auf dem wir uns in Zukunft immer wieder treffen werden, um unsere Flugplatzaktionen zu planen und zu koordinieren, aber auch, um anderweitige aktuelle Umweltthemen zu besprechen und allenfalls weitere gemeinsame Drei-Länder-Aktionen in die Wege zu leiten.»⁸³ Das Vorhaben fand Zustimmung und an der Sitzung vom 20. November 1990 wurde das «Drei-Länder-Forum Umwelt»

79 *Basler AZ*, 21.4.1990.

Die gemeinsame Erklärung der Basler Umweltorganisationen flankiert die kantonale Volksinitiative, welche 1989 in Basel-Stadt eingereicht worden war und die einen «rücksichtsvollen Flugverkehr» fordert (*Basler AZ*, 19.5.1989). Inzwischen hat die Basler Regierung die Initiative dem Grossen Rat mit einem Antrag auf Ungültigkeitserklärung zugeleitet. Nach Auffassung des Regierungsrats widersprechen die Forderungen der Initiative den Bestimmungen des Staatsvertrags zwischen der Schweiz und Frankreich über den Betrieb des Flughafens (*Basler AZ*, 8.1.1992).

80 *Neue Zürcher Zeitung*, 24.10.1990. Zur Vorgeschichte des Flughafens: Löw 1989.

81 Gespräch mit Werner Klaus, Präsident des Schutzverbandes, vom 13.3.1991 in Allschwil.

82 Gespräch mit Claude Luisier, Arbeitsgruppe Luftverkehr des VCS beider Basel, vom 13.11.1991 in Allschwil.

83 Einladung der «Aktion gegen den Ausbau des Flughafens Basel-Mulhouse» vom 30.10.1990.

(DFU) aus der Taufe gehoben.⁸⁴ Mit diesem Schritt sollte die informelle, punktuelle und sporadische grenzüberschreitende Zusammenarbeit, welche oft ineffizient und dem internationalen Charakter der Umweltproblematik unangemessen war, überwunden und zu einer institutionell abgesicherten Zusammenarbeit gefunden werden. Inzwischen haben sich über 20 Umweltorganisationen dem DFU angeschlossen. Über seine Mitgliedsorganisationen kann dieses im Namen von schätzungsweise 20 000 Menschen auftreten. Die Koordination der Arbeit übernahm vorläufig ein sechsköpfiges Gremium, das sich zu gleichen Teilen aus schweizerischen, deutschen und französischen Aktivistinnen und Aktivisten zusammensetzt.⁸⁵

Die Arbeit kommt allerdings nur zögernd voran. Neben der Mehrfachbelastung, welcher viele der aktiven Leute unterworfen sind, ist es vor allem die Uneinigkeit über die künftigen Schwerpunkte der Zusammenarbeit, welche blockierend wirkt. Unbestritten ist zwar, dass der Widerstand gegen den Ausbau des Flughafens im Zentrum bleiben soll. In welchem Ausmass daneben aber auch andere Umweltthemen aufgegriffen werden, harrt noch der Klärung.⁸⁶ Trotzdem sind die Leistungen des DFU in den wenigen Monaten seines Bestehens bereits recht ansehnlich: Es hat in allen Teilen der Region Basel vielbeachtete Pressearbeit geleistet,⁸⁷ in Basel eine Volksinitiative «gegen die staatliche Förderung des Luftverkehrs» lanciert,⁸⁸ im August 1991 seinen ersten Rundbrief verschickt⁸⁹ und im Oktober des selben Jahres erneut eine Kundgebung auf dem Flughafengelände durchgeführt.⁹⁰

Die Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im DFU wird flankiert von einer Argumentation, welche nicht nur verschiedenste Aspekte der Umweltproblematik einbezieht, sondern die darüber hinaus auch den Bogen zum bevorstehenden Integrationsschub auf europäischer Ebene schlägt. Angeklungen war dieser Aspekt bereits in den gemeinsamen Erklärungen zur «Déclaration tripartite rhénane» der Staatschefs Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz Ende 1989⁹¹: Darin wurde sowohl die Erklärung der Regierungschefs als auch die «regionale Autonomie und die grenzüberschreitende Lösung anstehender Probleme» begrüsst. Gleichzeitig aber warnten die noch einzeln unterzeichnenden 19 Umweltorganisationen aus allen Teilen der Region Basel «vor einer sich schon seit Jahren abzeichnenden Wirtschaftslastigkeit dieser internationalen Zusammenarbeit»: «Die Dreiländer-Grenzregion mit ihrer reichen Vielfalt an Landschaften und Kulturen darf nicht einem grenzenlosen, einseitigen und unkoordinierten Wirtschaftswachstum geopfert werden (...).»⁹²

84 Entwurf einer Pressemitteilung vom 27.11.1990; *Basler Zeitung*, 7.2.1991.

85 Gespräch mit Gabriele und Johannes Foege, Vorsitzende und Vorstandsmitglied der «AG Morgenluft», vom 27.12.1991 in Weil.

86 Gespräch mit Claude Luisier, Arbeitsgruppe Luftverkehr des VCS beider Basel, vom 13.11.1991 in Allschwil.

87 *Badische Zeitung*, 26.4.1991; *Weiler Zeitung*, 26.4.1991; *L'Alsace*, 9.2.1991; *Basler Zeitung*, 7.2.1991.

88 *Basler Zeitung*, 31.5.1991.

89 DFU, Rundbrief 1 vom 12.8.1991.

90 *Badische Zeitung*, 25.10.1991; *Weiler Zeitung*, 25.10.1991.

91 «Ökologie, menschliche Gesundheit und Flugverkehr, Perspektiven der Regiobevölkerung», Dreiländer-Erklärung vom 5. Oktober 1989 und «Déclaration écologique rhénane», o.D.

92 Déclaration écologique rhénane, o.D.

Fortgeschrieben und akzentuiert aber wurde die kritische Haltung gegenüber der europäischen Integration in einer Erklärung, welche um die Jahreswende 1991/92 veröffentlicht wurde und die das «Drei-Länder-Forum Umwelt» nun im Namen seiner Mitgliedsorganisationen mitunterzeichnet hat: Darin wird an den gemeinsamen Widerstand gegen die Atomkraftwerk-Ballung am Oberrhein erinnert und an die damalige Sprachregelung angeknüpft: Das «Dreieckland, im Herzen Europas» drohe zu einem «Ruhrgebiet am Oberrhein» zu werden. Der bevorstehende Integrationsschub bringe ein «Europa, das nur von Wirtschafts- und Wachstumsinteressen bestimmt» würde. Die «aktiven Gruppen der Umweltbewegung im Dreieckland» aber wollten ein «ökologisches und soziales Europa der Menschen und Regionen». Kurz: «Das Europa, das wir bekommen, ist nicht das Europa, das wir wollen.»⁹³

V. «Dreieckland» oder «Zukunftsraum Regio»?

Das Verhältnis der Nordwestschweiz zur internationalen Zusammenarbeit hat sich gewandelt. Sie ist, das hat der Vergleich zwischen den Abstimmungen über den Beitritt zum Völkerbund und zur UNO gezeigt, weltoffener geworden.⁹⁴ Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft gelten denn auch als die «europafreundlichsten» Stände der deutschen Schweiz und für die Abstimmungen über den bevorstehenden Integrationsschub als sichere Werte.⁹⁵

Die weltoffenere Haltung der beiden Basler Halbkantone ist einmal der zunehmenden Verflechtung der drei Grenzregionen Nordwestschweiz, Oberelsass und Südbaden zuzuschreiben, zum andern aber auch den Bestrebungen der neuen sozialen Bewegungen, die in den letzten zwei Jahrzehnten mehrfach grenzüberschreitend aktiv geworden sind. Der «kleine Grenzverkehr» zwischen den zahlreichen Umweltorganisationen auf allen Seiten der Grenze hat sich zur Selbstverständlichkeit widerständigen Verhaltens in der Region Basel entwickelt.⁹⁶ Die neuen sozialen Bewegungen haben damit ein «Europa von unten» eingeübt und dazu beigetragen, dass «ökologisches Denken und grenzüberschreitende lebensräumliche Identifikation» (Fichtner) eine Einheit eingegangen sind.

Die Annahme, dass soziale Bewegungen «katalysatorische» Wirkung haben, hat sich am Beispiel der Entstehung eines «ökologischen Bewusstseins» vor und unter dem Einfluss der Umweltbewegung bestätigt. Sie nehmen ein bestehendes politisches Bewusstsein auf, gehen von einer gegebenen politischen Kultur aus und wirken auf beides zurück. Es ist deshalb anzunehmen, dass auch die kritische Haltung, die aus der Umweltbewegung gegenüber dem bevorstehenden Integrationsschub geäuss-

93 Flugblatt «Das Europa, das wir bekommen, ist nicht das Europa, das wir wollen», o.D. (Jahreswende 1991/92).

94 Diese Entwicklung spiegelt sich übrigens auch in den Ergebnissen aktueller Umfragen sowie weiterer aussenpolitischer Abstimmungen wider (Linder/Longchamp 1990).

95 Ergebnisse des «Europa-Barometers» des GfS-Forschungsinstituts in Adliswil, nach: *Basler Zeitung*, 29.8.1991.

96 Ein ähnlicher «kleiner Grenzverkehr» fand in der Region Basel schon zur Zeit der Badischen Aufstände 1848/49 statt (Leuenberger 1991).

sert wird, noch verstärkt wird. Gespräche mit regionalen Vertreterinnen und Vertretern der schweizerischen Umweltbewegung zeigen, dass die Skepsis gegenüber dem bevorstehenden europäischen Integrationsschub, wie sie in den Erklärungen des DFU zum Ausdruck kommt, geteilt wird. Eine offensiv vertretene ablehnende Haltung gegenüber den Beitrittsabsichten der Schweiz ist bei den Umweltorganisationen in den beiden Basel aber bisher nicht zu beobachten. Der Skepsis steht die Hoffnung gegenüber, dass durch die europäische Zusammenarbeit auf EG-Ebene Fortschritte erzielt werden könnten.⁹⁷ Die europäerfahrenen deutschen Gesprächspartner sind in dieser Hinsicht illusionsloser.⁹⁸

Die Promotorinnen und Promotoren der europäischen Integration sind sich bewusst, dass ihr Vorhaben auch eine «Umweltverträglichkeitsprüfung» zu bestehen hat. Die im Hinblick auf EG 1992 intensiviertere grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene in der Region bemüht sich, die EG-Perspektive und ihre grosstechnologischen Vorhaben gegenüber ökologischer Kritik abzudichten.⁹⁹ Solche Rücksichtnahmen sind aus dieser Sicht auch wichtig. Das Beispiel des Kantons Basel-Landschaft zeigt, dass der «partikularistische Unabhängigkeitswille» und das neue «ökologische Bewusstsein» in diesem europafreundlichen Kanton durchaus eine Koalition bilden könnten, die sich gegen EWR oder EG ausspricht.

Der «partikularistische Unabhängigkeitswille», der sich in der Zwischenkriegszeit als bestimmend erwiesen und der der aussenpolitischen Öffnung Grenzen gesetzt hat, ist noch immer virulent. Er lässt sich nur brechen, wenn starke wirtschaftliche Argumente für die Öffnung und internationale Zusammenarbeit sprechen.

Mit ihm könnte sich das ökologische Bewusstsein verbünden, das sich als neuer Einflussfaktor herausgebildet hat. Dieses verknüpft sich zwar mit einer ausgeprägten Offenheit gegenüber den Nachbarn und kann auf seine Erfahrungen mit grenzüberschreitenden Aktionen und Strukturen zurückgreifen. Der bevorstehende Integrationsschub könnte seine «Umweltverträglichkeitsprüfung» aber auch nicht bestehen:

- Die Vielfalt der Region, welche aus der Sicht der Umweltbewegung ein erhaltenswertes Merkmal der Region ist, ist zu einem guten Teil Folge der kantonalen und nationalen Grenzen in dieser Gegend. Beständen sie nicht, wären die andern Teile der Region längst in stärkerem Mass in den Sog des städtischen Zentrums Basel gelangt (Wiener 1990).
- Die Grenzen bieten nicht nur Schwierigkeiten bei der Koordination von umweltpolitischen Bestrebungen. Sie schaffen der Ökologiebewegung auch günstige Voraussetzungen für widerständiges Verhalten. Es macht einen Unterschied, ob die Kompetenzen in einem fernerem oder in einem näheren Zentrum liegen (Sickinger 1991; Leuenberger 1991).

97 Gespräch mit Heidi Portmann, Präsidentin der «Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst», vom 27.2.1991 in Liestal; Gespräch mit Werner Klaus, Präsident des Schutzverbandes, vom 13.3.1991 in Allschwil; Gespräch mit Konradin Kreuzer, Forum für verantwortbare Wissenschaft, vom 13.3.1991 in Flüh; Gespräch mit Claude Luisier, Arbeitsgruppe Luftverkehr des VCS beider Basel, vom 13.11.1991.

98 Gespräch mit Gabriele und Johannes Foege vom 27.12.1991.

99 «3», 7.3.1991.

- Die Öko-Bewegung der Region könnte schliesslich auch zur Auffassung gelangen, dass sich zwischen einem ökologisch orientierten «Dreyeckland» und einer modernisierten, von Grossprojekten geprägten Region nicht nur ein Gegensatz auftut, der sich durch Öko-Vereinbarungen auf zwischenstaatlicher Ebene abfedern lässt, sondern dass zwischen diesen Perspektiven für eine Regio-Zukunft ein grundsätzlicher Widerspruch besteht (P. M. 1991).

Die Auseinandersetzung um die Basler Ständestimmen ist also, entgegen der Ergebnisse des «Europa-Barometers», noch keineswegs entschieden.

Bibliographie

- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter (1983). *Aufbruch in eine neue Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt: Campus.
- Brand, Karl-Werner (Hrsg.) (1985). *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt: Campus.
- Buchholtz, Hans-Christoph/Mez, Lutz/von Zabern, Thomas (1978). *Widerstand gegen Atomkraftwerke. Informationen für Atomkraftwerkgegner und solche, die es werden wollen*. Wuppertal: Hammer.
- Bürgi, Ueli (1984). *Der Widerstand gegen die Hochspannungsleitung der Nordostschweizerischen Kraftwerke im Kanton Basel-Landschaft 1923–1925. Ländliche und kleinbürgerliche Opposition im bürgerlichen Staat*. Lizentiatsarbeit, Basel: Historisches Seminar (hekt.).
- Dejung, Christoph (1984). *Schweizer Geschichte seit 1945*. Frauenfeld: Huber
- Epple, Rudolf (1981). Schweiz – Atomare Präzision, S. 260–282, in: Lutz Mez (Hrsg.). *Der Atomkonflikt. Berichte zur internationalen Atomindustrie. Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Fichtner, Uwe (1988). *Grenzüberschreitende Verflechtungen und regionales Bewusstsein in der Regio*. Basel: Helbing und Lichtenhahn.
- Frei, Daniel (1988). Aussenpolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung. *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 1988: 45–58.
- Grieder, Fritz (1985). *Glanz und Niedergang der Baselbieter Heimposamenterei im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Geschichte von Baselland*. Liestal: Verlag des Kantons Basel-Landschaft.
- Hablützel, Peter/Hertig, Hans-Peter (1979). Internationale Realität versus nationale Identität. Zur Legitimationsproblematik der schweizerischen Aussenpolitik, *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 1979: 109–124.
- Jost, Hans-Ulrich (1983). Bedrohung und Enge (1914–1945), S. 101–190, in: Mesmer, Beatrix u.a. (Red.). *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*. Bd. III, Basel/Frankfurt: Helbing und Lichtenhahn.
- Kriesi, Hanspeter (1982). *AKW-Gegner in der Schweiz*. Diessenhofen: Rüeegger.
- Leuenberger, Martin (1991). «Man kann nicht Emigrant sein ohne Heimat.» *Deutsche Flüchtlinge und politisches Asyl in Baselland um 1848*. Liestal: Forschungsstelle Baselbieter Geschichte (Typoskript).
- Linder, Wolf/Longchamp, Claude. *Die europäische Integrationspolitik in der direkten Demokratie*. Uni-Vox-Jahresbericht IIb, Zürich/Bern 1990.
- Löw, Thomas (1989). *Basler Flugplatzwirren 1931–1945. Die Suche nach einem neuen Flugplatz*. Lizentiatsarbeit, Basel: Historisches Seminar (hekt.).
- Neidhardt, Friedhelm (1985). *Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen*. In: Hradil, Stefan (Hrsg.) 1985. *Sozialstruktur im Umbruch*. Opladen, S. 193–204.
- Nössler, Bernd/de Witt, Margret (Hrsg.) (1976). *Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends*. Betroffene Bürger berichten. Freiburg: inform.
- P. M. (1991). *Europa? Aufhören! Ein Pamphlet*. Zürich: Paranoia-City.

- Raschke, Joachim (1985). *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*. Frankfurt: Campus.
- Sarasin, Philipp (1984). Die kommerzielle Nutzung der Atomenergie in der Schweiz. Ein historischer Abriss vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Besetzung in Kaiseraugst am 1. April 1975, S. 11–38, in: Stefan Füglistner (Hrsg.). *Darum werden wir Kaiseraugst verhindern. Texte und Dokumente zum Widerstand gegen das geplante AKW*. Zürich: orte.
- Schroeren, Michael (1977). *Zum Beispiel Kaiseraugst. Der gewaltfreie Widerstand gegen das Atomkraftwerk: Vom legalen Protest zum zivilen Ungehorsam*. Zürich: Schweizerischer Friedensrat.
- Sickingner, Hubert (1991). Antitransitbürgerinitiativen in Tirol, abgedruckt in GfS-Forschungsinstitut (Hrsg.) 1991. *Berichte aus dem Forschungsprojekt «Europa-Barometer»*, Nr. 6, Dossier Österreich, Adliswil: GfS.
- Stolz, Peter/Wiss, Edmund (1965). *Soziologische Regio Untersuchung*. Basel: Helbing und Lichtenhahn.
- Wiener, Daniel (1990). Grenzfall Basel. In: *Hochparterre*. April 1990.
- Wüstenhagen, Hans-Helmut (1975). *Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl – der Anfang?* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

